

### **Vorlage für die Sitzung des Senats am 07.05.2019**

**„Norddeutsche Wasserstoffstrategie - Was macht Bremen?“**  
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

#### **A. Problem**

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Welche Maßnahmen wurden bisher im Rahmen der am 26. November 2018 bei der Tagung der Küstenkonferenz beschlossenen „Norddeutschen Wasserstoffstrategie“ eingeleitet ?
2. Wie hat sich Bremen bisher bei der „Norddeutschen Wasserstoffstrategie“ eingebracht und wie wird es sich in Zukunft einbringen ?
3. Welche Ziele verfolgt Bremen bei seinem Beitrag zur „Norddeutschen Wasserstoffstrategie“?

#### **B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

##### **Zu Frage 1:**

Aufgrund des Beschlusses der Wirtschafts- und Verkehrsminister der Küstenländer gründete sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Wirtschafts- und Umweltministerien der Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Diese Gruppe tagt seit Januar 2019 und hat Eckpunkte einer Norddeutschen Wasserstoffstrategie erarbeitet, die in der Konferenz Norddeutschland am 02.05. beschlossen wurden.

In einem nächsten Schritt sollen die Eckpunkte danach konkretisiert und ergänzt werden, damit möglichst Ende 2019 die fertiggestellte Strategie politisch beschlossen werden kann.

## **Zu Frage 2:**

Bremen ist mit einem Vertreter des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der Arbeitsgruppe vertreten und arbeitet aktiv mit. Eine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe ist weiterhin bis zum Abschluss der Arbeiten vorgesehen.

## **Zu Frage 3:**

Die Erzeugung und Nutzung von „grünem“ Wasserstoff (d.h. aus erneuerbaren Energiequellen erzeugter Wasserstoff) kann perspektivisch einen Beitrag leisten, um durch die Sektorenkopplung, d.h. v.a. der Verknüpfung zwischen dem Stromsektor mit dem Transport- und Wärmesektor, zu einer Dekarbonisierung der Wirtschaft und zu einer Senkung der CO<sub>2</sub> Emissionen zu kommen und kann dabei helfen, die internationalen, nationalen und regionalen Klimaschutzziele zu erreichen.

Der Aufbau einer „Wasserstoffwirtschaft“, die auch andere Produkte wie synthetische Kraftstoffe einschließt, bietet darüber hinaus aussichtsreiche ökonomische Zukunftsperspektiven (z.B. das Green-Economy-Projekt in Bremerhaven), um zusätzliche Wertschöpfung zu generieren.

Hierfür bieten vor allem Norddeutschland und damit auch das Land Bremen grundsätzlich gute Standortbedingungen: Als regenerative Energiequelle steht unter anderem Windenergie onshore und offshore in großem Umfang zur Verfügung, mit den Salzstöcken bestehen unterirdische Speichermöglichkeiten in Kavernen für die zu erzeugenden Gase, es gibt potenzielle Nutzer in der Industrie, dem gesamten Transportsektor einschließlich der Häfen (Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität für die bremischen Häfen bis 2024) sowie der maritimen Wirtschaft (50% CO<sub>2</sub>-Reduzierung in der Schifffahrt bis 2050 bzw. CO<sub>2</sub>-freie bzw. emissionsfreie Schifffahrt) und schließlich können die Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land Bremen die erforderlichen Schritte hin zu einer Wasserstoffwirtschaft wissenschaftlich begleiten und die vorhandene Expertise ausbauen.

Es ist das besondere Interesse Bremens, diese Strategie im Schulterschluss mit den anderen norddeutschen Ländern zu verfolgen und dabei die eigenen Stärken und Beiträge, insbesondere gegenüber dem Bund, deutlich zu machen (Aktivitäten des Vereins H<sub>2</sub>BX, BMWi-gefördertes F+E-Projekt SHARC, Studie für den Fischereihafen, geplanter Aufbau eines Wasserstoffclusters für Bremerhaven, besondere Expertise von Universität Bremen und Hochschule Bremerhaven).

Allerdings gibt es auch Hemmnisse, die wirtschaftlichen Ansätze zur Markteinführung von grünem Wasserstoff behindern, z.B. die hohe Belastung mit Entgelten und Umlagen. Diese Hemmnisse gilt es zu ermitteln und zu formulieren und letztlich Handlungsfelder zur Problemlösung zu beschreiben. Eine gemeinsame abgestimmte Position der 5 norddeutschen Bundesländer soll die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft verbessern, die Handlungsfelder der norddeutschen Länder und des Bundes aufzeigen und die Aufbauphase durch ein koordiniertes Vorgehen beschleunigen.

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung**

Mit der Beantwortung der Anfrage sind keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderrelevanten Auswirkungen verbunden.

### **E. Beteiligung / Abstimmung**

Die Vorlage ist mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, dem Magistrat Bremerhaven sowie der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz abgestimmt.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Geeignet nach Beschlussfassung. Die Vorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden.

### **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 17.04.2019 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.